bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 17 | 14. August 2008

Rechte Szene 2

„Friedensfreunde“
Der „nationale Antikriegstag“ hat die in der neonazistischen Szene übliche antiamerikanische und antisemitische Zielrichtung.

Tarnkandidaten
In Brandenburg versucht die NPD, durch die Hintertüre in die Parlamente einzuziehen.

Illustres Personal
Zahlreiche Neonazis treten für die NPD zu den Wahlen Ende September in Bayern an. Einige der Kandidaten verfügen über ein erhebliches Strafregister.

Geschäftemacher
Der Neonazi Enrico Marx finanziert seinen Lebensunterhalt in der braunen Szene – jetzt haben die Behörden einen Riegel vorgeschoben.

„Selbstinszenierung“
Die öffentliche Verehrung der NS-Zeit und der Waffen-SS wird in der Neonaziszene nach wie vor zelebriert – entgegen dem von der NPD vorgegebenen gemäßigten Modernierungskurs.

Goebbels Pressereferent
Der Altnazi Wilfried Oven ist verschieden.

Seitenblick 9

Operation „Feuerlöscher“
In Magdeburg stürmte eine Hundertschaft Polizei einen Neonazi-Club.

Blick in die Zeitgeschichte 10

KZ-Rüstungsschmiede
Im Sommer 1943 mussten Gefangene unter unmenschlichen Bedingungen das Lager Dora-Mittelbau errichten.

Meldungen 11

Rechte Szene

„Friedensfreunde“

Der „nationale Antikriegstag“ hat die in der neonazistischen Szene übliche antiamerikanische und antisemitische Zielrichtung.

Zum vierten Mal seit 2005 wollen Neonazis in Dortmund zum „nationalen Antikriegstag“ auf die Straße gehen. „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege“ ist wie in den Vorjahren das Motto. Dortmunds Neonazis ist es gelungen, ihren Antikriegstags-Aufmarsch als festen Termin im Demokalender der extremen Rechten zu etablieren. Bei der ersten Auflage kamen 240 „Gesinnungskameraden“, 2006 waren es 340 und 2007 knapp 500. Die Veranstalter erwarten diesmal 600 bis 700 Teilnehmer.

Organisiert wird die Demonstration am 6. September von den Rechts-„Autonomen“ aus der Region. Als Redner angekündigt sind aber auch Vertreter der alten rechtsextremen Schule. Darunter „Kamerad Gottfried Küssel aus Süddeutschland“, wie die Organisatoren mitteilten. Der bekennende Neonazi aus Österreich werde „als Vertreter nationaler Strukturen der Ostmark sprechen“. Als „Aktivist der Erlebnisgeneration“ wird mit Herbert Schweiger ein zweiter Österreicher angekündigt. Der Ex-SS-Untersturmführer ist in seiner Heimat wiederholt wegen NS-Wiederbetätigung vorbestraft. Bekanntester Redner aus der Bundesrepublik ist nach dem derzeitigen Stand Christian Worch. Aus Tschechien wird ein Vertreter der Neonaziorganisation „Svobodný Odpor Praha“ erwartet – offenbar ein Gegenbesuch, nachdem bei einer Veranstaltung dieser Organisation zum 1. Mai ein Rechts-„Autonomer“ aus NRW gesprochen hatte. Durch Redner vertreten sein sollen zudem der „Bulgarische Nationalbund“ (BNS), die „Nederlandse Volks-Unie“ (NVU) und die „Racial Volunteer Force“ (RVS), eine militant-rassistische Neonazitruppe mit Schwerpunkten in Großbritannien und den Niederlanden.

Mit einem pazifistischen Anspruch haben die Organisatoren des „nationalen Antikriegstags“ wenig am Hut. Bereits bei der ersten Auflage 2005 hatte Siegfried Borchardt, der damals noch eine wichtige Rolle spielte, den Satz „Nie wieder Krieg“ um den Zusatz „nach unserem Sieg“ ergänzt und hinzugefügt, erst ein „weltweiter nationaler Sozialismus“ werde „auf Dauer zu einer Welt ohne Kriegs- und Eroberungswahn führen können“. Und 2007 hatte sich NVU-Chef Constant Kusters eher in Kriegs- als in Antikriegs-Rhetorik geübt: Man werde „wie unsere Vorväter kämpfen, um das Reich wieder herzustellen“, rief er. „Wir haben noch ein Gebiet zurückzuholen, das liegt in Polen. Das gehört Deutschland.“ Doch trotz aller Belege, dass der „nationale Antikriegstag“ nichts anderes ist, als eine der üblichen Neonazi-Demos mit antiamerikanischer und antisemitischer Zielrichtung, ergänzt um NS-Reminiszensen, nörgelte das Aktionsbüro Norddeutschland am Veranstaltungsmotto herum: „Zunächst einmal ist festzustellen, dass der Begriff ‘Antikrieg…‘ sowohl für uns selbst, als noch vielmehr für Außenstehende nicht auf Anhieb verständlich ist.“ Kriege, die notwendig seien, so stellten die norddeutschen Neonazis klar, müssten auch geführt werden. „Kaum ein Bürger würde uns abnehmen, dass wir plötzlich zu Pazifisten mutiert sind.“

Um trotz solcher kleinerer Differenzen die Szene auf Dortmund einzuschwören, laden die Veranstalter zu Koordinationstreffen ein. An einem solchen Treffen am 10. August nahmen angeblich 20 „nationale Gruppen“ teil, darunter trotz der parteioffiziellen Abgrenzung gegenüber „Autonomen“ auch zwei NPD-Kreisverbände. Dabei dürfte es auch um Organisatorisches gegangen sein: Die Dortmunder Neonazis suchen Ordner. Ein Missgeschick wie 2007 soll nicht noch einmal passieren: Damals konnte die Demo erst mit erheblicher Verspätung starten, weil es nicht gelang, 20 Ordner aufzutreiben, die drei Voraussetzungen erfüllen mussten: volljährig, nicht vorbestraft, ohne laufendes Ermittlungsverfahren.

Doch auch wenn sich solche Pannen diesmal vermeiden lassen, tun sich neue Brüche in der regionalen Neonaziszene auf. Just an jenem Samstag, da zum „nationalen Antikriegstag“ aufgerufen wird, laden andere Rechtsextremisten zu einem „ISD-Memorial“ in Belgien ein, einem Rechtsrockkonzert in Erinnerung an den „Blood&Honour“-Gründer Ian Stuart Donaldson. An eine zufällige Terminüberschneidung mögen viele nicht glauben. Statt dessen wird der „Musikfraktion“ unterstellt, es gehe ihr vor allem ums Geld – und nebenbei auch um eine Schädigung rechter Strukturen in Dortmund.

Tomas Sager

Tarnkandidaten

In Brandenburg versucht die NPD, durch die Hintertüre in die Parlamente einzuziehen.

Vor den Kommunalwahlen in Brandenburg Ende September gibt sich die NPD unter Landeschef Klaus Beier kämpferisch. Mit 70 eigenen Kandidaten will die rechtsextreme Partei antreten, wie Beier erklärte. Sein Ziel ist die Verankerung in den Kommunen, um dann wie in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern Anlauf bei der Landtagswahl ein Jahr später zu nehmen. Aber: „Der NPD fehlen in manchen Regionen die Gesichter für die Wahl", sagt Winfriede Schreiber, Leiterin des Verfassungsschutzes in Brandenburg.

Daher tritt nun ein Teil der NPD-Kandidaten nicht unter dem Parteibanner an, sondern versteckt auf den Listen von örtlichen Bürgerinitiativen und Wählergemeinschaften. Der Landesvorsitzende bestätigte, dass sich besonders in kleineren Kommunen Mitglieder und Anhänger seiner Partei als Tarnkandidaten auf Listen anderer Gruppierungen zur Wahl stellen. Als Zahl nannte er etwa ein Dutzend Kandidaten, die sich auf den Wahlzetteln offiziell nicht als NPD-Anhänger zu erkennen geben. Von ihnen seien etwa die Hälfte Parteimitglieder, die übrigen kämen „aus dem Umfeld der NPD", so Beier, der auch NPD-Bundesvorstandsmitglied ist.

Diese Tarn-Taktik begründete Beier mit Nachteilen, die NPD-Kandidaten zu befürchten hätte, würden sie unter dem Parteilogo auftreten. Vorwürfe, es handele sich um ein Täuschungsmanöver, wies er zurück. Wichtig sei vor allem, dass „nationale Politik in die Parlamente" komme. Doch nach den Erfahrungen mit den drei bisherigen NPD-Kreistagsmitgliedern in ganz Brandenburg fällt die Partei vor allem durch Krawall – und nicht durch inhaltliche Sacharbeit auf. Da werden Stolpersteine für die Opfer der sowjetischen Besatzungsmacht gefordert oder man protestiert gegen Überfremdung wegen der Pläne asiatischer Investoren für ein Chinatown im Berliner Speckgürtel. Daneben gibt es Hinweise, in Brandenburg hätten sich Bündnisse nach Vorbild von „pro Köln" gegründet und diese würden nun NPD-Mitglieder als Tarnkandidaten aufstellen. Die Linke in Brandenburg berichtet von zwei Städten, in denen Parteifreunde von Beier unter dem Logo einer „Pro"-Gruppierung antreten.

Nach Angaben von Dirk Wilking, Chef des Mobilen Beratungsteams in Brandenburg, formieren sich vor der Kommunalwahl eine Reihe von NPD-unabhängigen Rechtsextremisten zu Wählervereinigungen. Zumeist handele es sich dabei um „frustrierte Ex-DVU-ler und Anhänger der Schillpartei. Dazu geselle sich ein Bodensatz der Republikaner", die es oft aus Berlin ins Umland zog. Dabei treten sie Wilking zufolge freundlich und bürgernah auf. Die Gefahr dabei: NPD-nahe Politik könnte auch ohne das Parteilabel in Kommunen und Kreistage Einzug finden.

Wie die NPD, blieb auch die inzwischen in der zweiten Legislaturperiode im Landtag vertretene DVU mit ihrer Politik bislang substanzlos. Nun wurde bekannt, dass der einzige Stadtverordnete der DVU in Potsdam, der Unternehmensberater Günther Schwemmer auch Mitglied der NPD ist. Der 46-jährige Schwemmer erklärte, er sei mit 18 Jahren in die NPD eingetreten, habe die Partei später aber wieder verlassen und sich der DVU angeschlossen. Seit Ende 2006 hat er wieder ein NPD-Parteibuch. NPD-Chef Beier sagte, Schwemmer nehme häufig an Parteitreffen teil und schreibe regelmäßig für die Parteizeitung.

Wie bereits berichtet, ist die NPD auch mit ihren Plänen gescheitert, gemeinsam mit der DVU landesweit Kandidatenlisten für die Kreistage vorzulegen. Der Kommentar von Verfassungsschutz-Leiterin Winfriede Schreiber dazu: „Die Misserfolge der Rechtsextremen mehren sich." Entgegen der Ankündigung der NPD, sie werde mit der Kommunalwahl auch mehr Mitglieder bekommen, seien keine Zuwächse zu verzeichnen. Die Partei stagniere bei konstant 250 Mitgliedern. Durch eine wache Zivilgesellschaft und die harte Repressionspolitik stehe die NPD unter Druck. Dass die Partei nun auf Tarnkandidaten setzt, führt Schreiber darauf zurück, dass die Öffentlichkeit, aber auch Arbeitgeber inzwischen für das Thema stärker sensibilisiert seien. Zudem mache die NPD in Brandenburg einen Radikalisierungsschub durch und werde immer neonazistischer – besonders in der Lausitz. Hier bestehen enge Verbindungen zu den Kameradschaften in Sachsen. „Das verschafft ihr zwar neue Anhänger bei den Neonazis und Freie Kräften, doch bürgerliche Wählerschichten schreckt das ab."

Alexander Fröhlich

Illustres Personal

Zahlreiche Neonazis treten für die NPD zu den Wahlen Ende September in Bayern an. Einige der Kandidaten verfügen über ein erhebliches Strafregister.

Die NPD will flächendeckend zu den Ende September in Bayern stattfindenden Landtags- und Bezirkswahlen kandidieren. Von den Bewerbern der rechtsextremen Partei sind mehrere bereits mit dem Gesetz in Konflikt geraten und oder haben verbotenen Neonazi-Gruppierungen angehört. Viele sind auch durch besonders extreme Sprüche aufgefallen.

Der bayerische NPD-Spitzenkandidat Sascha Roßmüller (Jg. 1972), Bundesvize und parlamentarischer Berater der sächsischen NPD-Landtagsfraktion führte in seiner Rede auf dem „2. Tag des Nationalen Widerstandes“ am 27. Mai 2000 in Passau aus: „In guten Zeiten waren Verbrecher im Gefängnis, heute sind die Verbrecher in den Parlamenten. So tummelt sich heute selbstgefällig eine Clique von Politikern, welche sogar ihr Ehrenwort beflecken.“ Roßmüller, Wahlkreiskandidat in Straubing, vormaliger Bundeschef der Jungen Nationaldemokraten, war 1991 Gründungsmitglied der am 7. Juni 1993 vom Bayerischen Staatsministerium des Innern verbotenen Neonazi-Gruppierung „Nationaler Block“ (NB). Der Verein zeigte, so die Verbotsverfügung, eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus und richtete sich in aggressiv-kämpferischer Weise gegen die verfassungsmäßige Ordnung. Der NB forderte eine „Gemeinschaft aller Deutschen“ und die Errichtung eines „Deutschen Reiches“ unter Einschluss aller ehemals „von deutscher Mehrheit besiedelten Gebiete“ auf der Grundlage des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“.

Leiter des Nationalen Blocks war Fred Eichner (Jg. 1960), einst Münchner Gewährsmann des Neonazi-Führers Michael Kühnen. Der Kraftfahrer Eichner tritt im Wahlkreis München-Schwabing als Landtagskandidat an. Eichners damaliger Stellvertreter beim NB war Günter Kursawe (Jg. 1959). Der technische Angestellte, zeitweilig eifriger Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit“, kandidiert im Wahlkreis Aschaffenburg-Ost.

Der NPD-Ideologe und studierte Historiker Karl Richter (Jg. 1962), Stadtrat der Münchner Bürgerinitiative Ausländerstopp, ist wegen Volksverhetzung verurteilt. Im März 2005 hetzte Richter, Kandidat im Wahlkreis München-Ramersdorf, in der Monatszeitschrift „Nation&Europa“ (NE): „Solange es Juden gibt, haben sie ein Problem mit ihrer Umwelt. Daran ist nicht nur der ‘Antisemitismus’ der Nichtjuden schuld ... sondern mindestens im gleichen Maße der Exclusivitätsanspruch der Juden selbst. Nirgendwo steht freilich geschrieben, dass sich Deutsche mit ihrer Sonderrolle als Dauer-Bösewichte in der neuen Holocaust-Religion abfinden müssten ...“

„Mit dem Sprengstoffgürtel in den Tod“

Als Autor in NE hat sich auch schon der Elektrotechniker Roland Wuttke (Jg. 1954), der in Starnberg antritt, hervorgetan. Im Oktober 2004 zeigte Wuttke in seiner Rede bei einer Neonazi-Demonstration in Erlangen Sympathie für terroristische Attentate: „Wir haben eine große Botschaft: Wir haben wieder etwas, was die Jugend zum Kampf animiert: Es ist der große Idealismus. Und fragt Euch doch einmal, welche Kraft ist denn mächtiger? Erinnert Euch an die Bilder der jungen Palästinenserinnen, junge Mütter, die sich den Sprengstoffgürtel umschnallen, um für ihr Volk, für ihre Nation in den Tod zu gehen. Das ist es.“

Der mehrfach vorbestrafte Neonazi Norman Bordin (Jg. 1976) ist Bezirkstagswahlkandidat. Bordin, zuletzt JN-Landeschef in Bayern, war an einem brutalen Skinhead-Überfall auf einen Griechen am 13. Januar 2001 vor einer Kneipe in München beteiligt. Bordin saß wegen gefährlicher Körperverletzung eine Haftstrafe ab. Zu den Schlägern hatte auch Björn-Christopher Balbin (Jg. 1971), zeitweilig aktiv bei der Neonazivereinigung „Freizeitverein Isar 96 e.V.“, gehört. Der gelernte Gärtner wurde zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und vier Monaten verurteilt. Sein Name wurde auf der „Gefangenenliste“ der Neonazi-Knasttruppe HNG geführt. Landtagskandidat Balbin tritt in München-Bogenhausen an. Im Wahlkreis München-Altstadt-Hadern will die Fremdsprachensekretärin Renate Werlberger (1955), eine „bekannte Münchner NPD-Frontfrau“ (NPD), punkten. Werlberger wurde 1998 wegen Aufrufs zu einer verbotenen Demonstration vom Gericht zu einer Geldstrafe verurteilt.

Willi Wiener (Jg. 1972), Regensburger NPD-Kreisvorsitzender, vertritt die Partei als Landtags-

kandidat in seinem Wohnort. Der Großhandelskaufmann wurde im Dezember 2007 wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz zu einer Geldstrafe verurteilt. Wiener war Organisationsleiter der im Herbst 2004 gegründeten Kameradschaft „Asgard Ratisbona" – Asgard hieß eine Burg aus der germanischen Mythologie, Ratisbona ist der lateinische Name für Regensburg.

„Die Entradikalisierung der Partei verhindern"

Der Fürther Landtagskandidat Matthias Fischer (Jg. 1977) war Anführer der „Fränkischen Aktionsfront" (F.A.F.), der aktivsten Neonazi-Gruppierung in Franken. Am 22. Januar 2004 wurde die F.A.F. vom bayerischen Innenministerium verboten, da sie sich aufgrund ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtete und ihre Tätigkeit außerdem den Strafgesetzen zuwiderlief. Fischer wurde am 27. April dieses Jahres als Nachfolger Bordins zum neuen JN-Chef in Bayern gewählt. In seiner Antrittsrede kündigte Fischer an: „Neben den zahlreichen Aktivitäten auf der Straße müssen nun auch verstärkt wieder die Köpfe geschult werden, um somit neues Führungspersonal für unsere Mutterpartei zu bieten und somit auch eine Entradikalisierung der Partei zu verhindern."

In seinem Amt als Beisitzer im JN-Landesvorstand wurde der Werkzeugmechaniker Sebastian Schmaus (Jg. 1983), Stadtrat der Bürgerinitiative Ausländerstopp in Nürnberg, bestätigt. Gegen Schmaus, der in Nürnberg-Nord kandidiert, hat die Nürnberger Staatsanwaltschaft im Juli Ermittlungen aufgenommen. Sie ermittelt gegen Schmaus, weil er im Verdacht steht, auf Demonstrationen Fotos von Antifaschisten aufgenommen zu haben, die dann auf Anti-Antifa-Homepages veröffentlicht wurden. Für die Nürnberger Bürgerinitiave Ausländerstopp sitzt auch der bayerische NPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat in Franken, Ralf Ollert (Jg. 1960), im Stadtrat. Der Groß- und Außenhandelskaufmann Ollert, der in Nürnberg-West antritt, beklagte im April 2008 in der „Deutschen Stimme", dass sich die CSU „immer mehr" von ihren „politischen konservativen Grundsätzen" entfernen würde und sich dem „Zeitgeist anpasst."

Der Allgemeinarzt Wielant Hopfner (Jg. 1942) kandidiert in Kitzingen. Hopfner war Funktionär der rassistischen Organisationen „Artgemeinschaft" und „Nordischer Ring" sowie aktiver Förderer der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend" (WJ).

Per-Lennart Aae (1940), stellvertretender Vorsitzender des NPD-Bundesschiedsgerichts und parlamentarischer Berater der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, tritt im Wahlkreis Miesbach an. Im Februar 2002 war Aae von seinen Parteiämtern enthoben worden. Angekreidet wurde Aae unter anderem, dass er den damaligen NPD-Rechtsanwalt Horst Mahler als „geistesgestört" bezeichnet hatte. Der Arbeiter Uwe Brunke (Jg. 1967), Kandidat im Berchtesgadener Land und Traunsteiner NPD-Kreisvorsitzender, gehörte einst der Berliner „Kameradschaft Beusselkiez" an und betätigte sich als Anti-Antifa-Fotograf.

Ermittlungen gegen Nürnberger Stadtrat

Udo Sieghart (Jg. 1957), Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Hof-Wunsiedel und Landtagskandidat in Hof/Saale, wurde im Januar 2008 vom Hofer Amtsgericht zu einer siebenmonatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Einzelhandelskaufmann eine CD verteilt hatte, auf der in einem Lied der Skin-Band „Stahlgewitter" Völkermord und die Massenermordung von Juden in der NS-Zeit als Lüge dargestellt und gebilligt werden. Sieghart, einst Sprecher der Gruppe „Amnestie National", hatte für diese CD als „verantwortlich im Sinne des Presserechts" gezeichnet. 2007 war Sieghart zeitweilig Leiter der Bundesgeschäftsstelle des im Juli 2008 aufgelösten „Kampfbundes Deutscher Sozialisten" (KDS). Nach Sieghart übernahm der Metzger Tony Gentsch (Jg. 1984) „die Aufgaben der Verwaltungszentrale unserer Truppe" (KDS). Gentsch vom „Freien Netz" in Hof kandidiert bei der Bezirkstagswahl in Wunsiedel.

Die ehemalige Verwaltungsangestellte Anneliese Michel (Jg. 1915) ist die älteste NPD-Landtagskandidatin. Sie tritt in Erding für die NPD an. Michel, die die „Wiedervereinigung auch mit den Gebieten jenseits von Oder und Neiße" herbeisehnt, schloss sich 1965 der NPD an und engagierte sich im Laufe ihres Lebens unter anderem bei der „Gesellschaft für freie Publizistik" und dem „Freundeskreis Ulrich von Hutten".

Anton Maegerle

Geschäftemacher

Der Neonazi Enrico Marx finanziert seinen Lebensunterhalt in der braunen Szene – jetzt haben die Behörden einen Riegel vorgeschoben.

Zu den umtriebigsten Neonazis in Sachsen-Anhalt zählt Enrico Marx. Er ist Chef der Kameradschaft „Ostara" sowie zugleich Mitglied der NPD und Stützpunktleiter der Jungen Nationaldemokraten in Sangerhausen. Darüber hinaus gilt er als Multiplikator des organisierten Rechtsextremismus und Rechtsrock-Fans.

Nicht nur seine rechtsextremen Aktivitäten, sondern auch seinen Lebensunterhalt finanzierte er bislang aus einer Vielzahl von Geschäften in der rechten Szene. Jetzt graben ihm die Behörden seine wirtschaftliche Basis ab. Die wichtigsten wirtschaftlichen Betätigungsfelder von Marx waren seine Musikproduktion „Barbarossa Records" und sein Internet-Versandhandel „Staatsfeind", über den er die rechtsextreme Szene nicht nur mit der entsprechenden Musik, sondern auch mit anderen neonazistischen Devotionalien versorgte. Mehrere von ihm verantwortete Musikproduktionen sind indiziert, allerdings achtete er in der Vergangenheit stets sorgsam darauf, dass zumindest von ihm in Deutschland produzierte Tonträger keine explizit strafbaren Inhalte hatten.

Gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder Marcel spielt Marx in der Rechtsrock-Band „Hate-Soldiers", trat in der Vergangenheit aber auch als Konzertveranstalter sowohl überregional als auch auf seinem heimischen Grundstück in Sottershausen im Süden Sachsen-Anhalts in Erscheinung. Regelmäßig versucht er, Konzertverbote von Behörden zu unterlaufen, was in der Vergangenheit wiederholt zu Polizeieinsätzen führte.

Regelmäßig einmal wöchentlich veranstaltet Marx auf seinem Grundstück, einem einstigen Gehöft in Sottershausen, Szenepartys mit bis zu 250 Besuchern. Rechtsrock-Bands, die oftmals parallel zu diesen Partys auf dem Grundstück proben, öffnen diese Proben nicht selten für das Publikum, so dass die Proben den Charakter illegaler Konzerte annehmen. Das Anwesen, auf dem Marx auch die illegale Szene-Kneipe „Zum Thingplatz" betreibt, hat er 2003 gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin Judith Rothe erworben. Rothe ist Mitbegründerin der rechtsextremen Organisation „Ring Nationaler Frauen" (RNF) und deren stellvertretende Bundesvorsitzende. Seit der Kommunalwahl 2007 ist sie auch Mitglied des Kreistages Mansfeld-Südharz und dort Vorsitzende der NPD-Fraktion.

Von einer der Szene-Partys auf dem Anwesen von Marx kamen auch die vier Neonazis, die im Januar vergangenen Jahres einen Brandanschlag auf das Asylbewerberheim Sangerhausen verübt haben. Die drei Asylbewerber, die sich zum Zeitpunkt der Tat in dem Gebäude befanden, konnten sich nur mit viel Glück retten. Die drei Haupttäter wurden in diesem Sommer wegen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung zu Haftstrafen bis zu fünf Jahren, vier Monaten verurteilt, eine heute 22-Jährige erhielt wegen Beihilfe zwei Jahre Jugendstrafe auf Bewährung (bnr 14/08). Wie die beiden Marx-Brüder ist auch einer der Verurteilten Mitglied der Band „Hate-Soldiers". Die Urteile sind noch nicht alle rechtskräftig, da zwei der vier Angeklagten Revision eingelegt haben, über die noch nicht entschieden wurde.

Vor einiger Zeit untersagten die Behörden Marx die Nutzung des zu seinem Anwesen gehörenden Saales für Veranstaltungen gleich welcher Art. Wegen eines Verstoßes gegen diese Verfügung wurde das zuvor angedrohte Zwangsgeld in nicht geringer Höhe fällig. Da Marx aber zugleich die Gewerbeerlaubnis für seine Musikproduktion als auch seinen Versandhandel entzogen wurde, fällt es ihm schwer, das Geld aufzubringen. Bei seinen Veranstaltungen und Szene-Partys bittet er mittlerweile um Spenden. Gegen die Untersagungsverfügung in Bezug auf die Saalnutzung geht Marx ebenso auf dem Rechtsweg vor wie gegen den Entzug der Gewerbeerlaubnis. Bis zur Entscheidung am Landgericht Halle hatte er vor dem Oberlandesgericht Magdeburg einstweiligen Rechtsschutz beantragt. Dieses hatte jedoch den sofortigen Vollzug der behördlichen Maßnahmen bis zur Hauptsache-Entscheidung bestätigt.

Auch der Versuch seiner Lebensgefährtin Judith Rothe, die Musik- und Versandhandelsgeschäfte unter eigenem Namen fortsetzen, scheiterte. Die Behörden verweigerten ihr „wegen persönlicher Unzuverlässigkeit" die erforderliche Gewerbeerlaubnis. Auch sie hat die Gerichte angerufen, wann eine Entscheidung erfolgt, ist ebenfalls offen.

Eberhard Löblich

„Selbstinszenierung"

Die öffentliche Verehrung der NS-Zeit und der Waffen-SS wird in der Neonaziszene nach wie vor zelebriert – entgegen dem von der NPD vorgegebenen gemäßigten Modernierungskurs.

Ende 2004 traten sie szenewirksam in die NPD ein, um eine so genannte nationale Volksfront zu propagieren: Thomas „Steiner" Wulff und Ralph Tegethoff. Jetzt sieht es so aus, als wenn die beiden ehemaligen führenden Freien Aktivisten nach vierjähriger Kooperation am Stuhl einer braunen Sammelbewegung unter Führung der NPD sägten.

Beim Neonazi-Trauermarsch in Bad Nenndorf am 2. August dieses Jahres war von der im niedersächsischen Landtagswahlkampf beschworenen politischen Zusammenarbeit zwischen NPD und Freien Kräften wenig zu bemerken. Die 407 rechtsextremen Teilnehmer wurden von routinierten norddeutschen Neonazi-Kadern aus dem Umfeld des „Aktionsbüro Norddeutschland" in Hamburg sowie den Kameradschaftsstrukturen in Ostwestfalen um Bernd Stehmann angeleitet. Die zahlreichen Anhänger der Autonomen Nationalisten traten in Bad Nenndorf als aggressiver, junger Lifestyle-Anhang der Freien Kräfte – unter deren Führung – auf.

Das Zusammenspiel zwischen Thomas Wulff, Inge Nottelmann, Dieter Riefling, Ralph Tegethoff, Andreas Biere, Sven Skoda und anderen verlief routiniert. Bereits die Wunsiedel-Gedenken zu Ehren von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß hatten viele von ihnen jahrelang gemeinsam organisiert. Andreas Molau und Udo Pastörs als NPD-Redner hatten wenige Tage zuvor abgesagt. Eine absehbare Reaktion, denn mit Wulff schien die Zusammenarbeit längst nicht mehr reibungslos zu verlaufen. Wulff, einst Mitarbeiter von Parteichef Voigt, betonte in letzter Zeit, nicht mehr für die NPD zu arbeiten. Als enger Vertrauter von Jürgen Rieger gehört der ehrgeizige ehemalige Kameradschaftsanführer zu den Aktivisten, die insbesondere im Pastörs-Umfeld in Ungnade gefallen waren. In den straff organisierten ostdeutschen Kameradschaftsstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern, die einflussreich mit der NPD zusammenarbeiten, konnte der Hamburger nie Fuß fassen.

Zum Eklat kam es, nachdem Wulff bei der Beerdigung des verstorbenen früheren Vorsitzenden der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei", Friedhelm Busse, am 27. Juli in Passau eine Fahne des Dritten Reiches mit Hakenkreuz auf den bereits hinabgelassenen Sarg gelegt haben soll. Das NPD-Präsidium tagte wenige Tage später und distanzierte sich daraufhin von dem „Versuch Einzelner", das letzte Geleit für Friedhelm Busse „für eine politische Selbstinszenierung" zu instrumentalisieren. Die NPD-ler sehen durch solche Provokationen ihre Arbeit „systematisch diskreditiert".

In Bad Nenndorf wehte ein radikaler Wind. Die Organisatoren nahmen keine Rücksicht auf Parteitaktiererei oder Wahlkampf-Theater. Den von der NPD gewollten „modernen, der Zukunft zugewandten Nationalismus" ersetzen sie mit der Zelebrierung alter Werte. Vor dem von den Neonazis als „britisches Folterlager" dargestellten „Wincklerbad" schrie der niederländische Nationalsozialist Konstant Kusters seine antisemitischen Parolen in radebrechendem Deutsch heraus – und erntete tosenden Applaus. „Zionisten packt eure Koffer und geht weg aus Europa!" Wieder spielte die Fahne eine Rolle, so Kusters: „Deutschland wird einmal befreit sein und dann werden wir wieder die Lieder singen von unseren Vorvätern und wir werden wieder auf die Straße gehen mit Fahnen, die wir stolz zeigen werden". Er nahm anschließend Bezug auf die Wulff-Aktion mit der Reichskriegsflagge in Passau: „Und die Fahne, die auf einem Begräbnis aus der Kiste wiedergeholt wurde, das ist unsere Fahne! Und unsere Fahne flattert voran!" Gegen Kusters wurden inzwischen Ermittlungen unter anderem wegen Volksverhetzung eingeleitet.

„Kämpfen und marschieren, bis Deutschland wieder frei ist"

Auch der spätere Redner Ralph Tegethoff stellte in seiner dem verstorbenen Busse gewidmeten Rede bewusst die NS-Zeit in den Vordergrund und hielt sich damit nicht an den von der NPD vorgegebenen gemäßigten Modernisierungskurs. Im Gegensatz zur weitaus kleineren Gedenkveranstaltung mit Molau als Hauptredner im vergangenen Jahr schien die diesjährige Veranstaltung weniger auf Außenwirkung bedacht, als auf Festigung der eigenen Reihen. Dafür sind nationale Opfermythen sowie hochstilisierte NS-Helden gerade recht. Tegethoff huldigte dem ehemaligen SS-Panzerjäger Friedhelm Busse, der nie Reue gezeigt

habe und immer wieder für seine radikale Überzeugung verurteilt worden war – zuletzt saß der 79-Jährige im Frühjahr eine Haftstrafe ab. Militärfreak Tegethoff machte keinen Hehl aus der eigenen radikalen Gesinnung, er bellte ins Mikrophon: es gäbe einen „Auftrag zu kämpfen und zu marschieren, bis Deutschland wieder frei“ sei und „die Fahne unseres Reiches wieder über Deutschland wehen wird!“ Danach sangen die Neonazis die erste Strophe des Deutschland-Liedes: „Deutschland, Deutschland über alles – über alles in der Welt“.

Während des gesamten Trauermarsches, der von einem massiven Aufgebot der Polizei mit Wasserwerfern, Hundestaffeln und einem eigens reaktivierten Panzerräumwagen begleitete wurde, sorgten Kameradschafts-Anhänger für Ruhe und Disziplin. „In Viererreihen antreten“, lauteten die Befehle, die unter anderem von Sven Skoda und dem vor einigen Monaten aus der Haft entlassenen Kieler Peter Borchert an den schwarzen Block der Autonomen Nationalisten aus Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen weitergegeben wurden. Bremer Nationalisten um Henrik Ostendorf schlossen sich an, eine kleine Gruppe von Rechten aus Bad Doberan, Hamburger Neonazis sowie Angehörige aus den Reihen des NPD-Ordnungsdienstes und der „Heimattreuen Deutschen Jugend“. Ehemalige niedersächsische NPD-Wahlkämpfer wie die „Kameradschaft Hildesheim“ um Dieter Riefling, die „Kameradschaft Celle“ oder die „Snevern Jungs“ scheinen sich wieder ganz der politischen Arbeit der Freien Kräfte zu widmen. Rückwärts gewandte Kampagnen wie die in Bad Nenndorf sind in deren Reihen seit Jahren wichtiger ideologischer Bestandteil. Eine Abkehr von der öffentlichen Verehrung für die NS-Zeit und Waffen-SS ist nicht ersichtlich. Eher scheint die unmissverständliche Zielrichtung des Trauermarsches in Bad Nenndorf als Warnung in Richtung NPD zu gehen.

Zwei Neonazis wurden kurzzeitig von Polizei-Spezialeinheiten aus den schwarzen Reihen geholt, da sie im Verdacht standen, mit Sand gefüllte Handschuhe beziehungsweise eine Reichskriegsfahne bei sich zu tragen. Am Ende verkündeten die Organisatoren des Neonazi-Aufmarsches sichtlich zufrieden: „Vielen Dank, Heil Euch und auf Wiedersehen!“

Andrea Röpke

Goebbels Pressereferent

Der Altnazi Wilfried Oven ist verschieden.

Wie erst jetzt bekannt wurde, verstarb am 13. Juni Wilfred von Oven (Jg. 1912) im argentinischen Bella Vista bei Buenos Aires. Oven war der letzte persönliche Pressereferent (1943 – 1945) von NS-Reichspropagandaminister Joseph Goebbels. Oven verehrte den fanatischen Antisemit Goebbels zeitlebens als „faszinierendste Persönlichkeit der NS-Führung“. In einem von „Altermedia“ verbreiteten Nachruf kürte der bundesweit bekannte Neonazi Thomas Brehl den verstorbenen Altnazi Oven posthum zum „Vorkämpfer für ein nationales und sozialistisches Deutschland“.

Vor seinem Einsatz für Goebbels war Oven unter anderem Sonderkorrespondent im spanischen Bürgerkrieg, Freiwilliger der Legion Condor und nach 1939 Kriegsberichterstatter. Nach 1945 lebte er unter dem Pseudonym Willi Oehm in Norddeutschland und publizierte unter diesem Namen auch für die FAZ. 1951 siedelte Oven nach Argentinien über. Er arbeitete dort unter anderem als Chefredakteur der deutschsprachigen Tageszeitung „Freie Presse“ und als Herausgeber des rechtsextremen „La Plata Rufs“.

Den Kontakt mit den Kameraden in der alten Heimat hielt Oven weiterhin aufrecht. In den 70- und 80er Jahren war er zeitweilig „Hauptschriftleiter“ der revisionistischen Vierteljahreschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“. Bücher veröffentlichte Oven bei den rechtsextremen Verlagen Grabert und Arndt. Noch in den 90er Jahren griff Oven für rechtsextreme Blätter wie „Nation“, „Huttenbriefe“ und „Nation&Europa“ zur Feder. Er war auch gern gesehener Gast bei Veranstaltungen der DVU, der NPD und der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP). Die GfP ehrte Oven im April 1997 mit der „Hutten-Medaille“. Die Laudatio auf Oven hielt „Nation&Europa“-Mitherausgeber Harald Neubauer. Aus Oven spreche nicht der „Konjunkturritter, sondern der Reichsritter, nicht der Opportunist, sondern der Opponent“, sagte Neubauer. „Seiner Überzeugung, seinem Vaterland ist von Oven niemals untreu geworden“ attestierte der Rechtsextremist Karl Richter Oven anlässlich dessen 85. Geburtstags in „Nation&Europa“.

Anton Maegerle

Seitenblick

Operation „Feuerlöscher"

In Magdeburg stürmte eine Hundertschaft Polizei einen Neonazi-Club.

Licht, das brannte, wo keines brennen durfte, machte zwei Polizeibeamte kürzlich auf den neuen rechten Szene-Treff „Standarte 26" in Magdeburg aufmerksam. Die städtischen Behörden hatten einen anderen Club gleichen Namens in einem ehemaligen Drogeriemarkt im Plattenbauviertel Kannenstieg im vergangenen Jahr geschlossen, eine Klage des Betreibers des Clubs, des „Sport und Freizeit e. V." dagegen hatte das Landesverwaltungsgericht Magdeburg abgewiesen.

Die Club-Betreiber mieteten sich beim Besitzer eines ehemaligen Bürogebäudes im Stadtteil Alte Neustadt ein. Georg Beckers wusste zunächst nicht, an wen er den einstöckigen Anbau im Innenhof seiner Betriebsimmobilie vermietete. Ihm wurde erzählt, dass der Verein die alten Clubräume verlassen habe, weil es dort hinein geregnet habe. Als Auflage verlangte er von seinen neuen Mietern, sich die Räume selbst herzurichten. Was ebensowenig geschah wie regelmäßige Mietzahlungen. Beckers kündigte daraufhin den Mietvertrag fristlos und erhob Räumungsklage gegen den Neonazi-Verein, die allerdings noch bei Gericht anhängig ist. Um der Kündigung Nachdruck zu verleihen, stellte er seinen ungeliebten Mietern den Strom ab. Die aber überbrückten die abgestellten Zähler und versorgten sich so weiterhin mit Strom. Mehrfach hat Beckers deshalb bei der Polizei Strafanzeige gegen „Unbekannt" gestellt.

Die beiden Streifenbeamten sahen in dem Anbau nicht nur das Licht, sondern auch eine geballte Menge von rund 100 Neonazis und forderten Verstärkung an. Rund 100 Polizisten stürmten noch in der Nacht die Baracke. Den Beamten schlug sofort ein ungewohnt hohes Maß an Aggressivität entgegen. Die anwesenden Neonazis prügelten mit hoher Gewaltbereitschaft auf die Polizisten ein. Die wiederum setzten Schlagstöcke und Pfefferspray ein. Vom Dach der Baracke warf ein Unbekannter einen Feuerlöscher auf einen der Beamten, der diesen nur um wenige Zentimeter verfehlte.

Ein 24-Jähriger wurde wegen Körperverletzung festgenommen, von rund 80 Neonazis nahmen die Beamten die Personalien auf. Es stellte sich heraus, dass die Rechtsextremisten nicht nur aus Magdeburg und Sachsen-Anhalt, sondern auch aus mehreren anderen Bundesländern stammten. Die Polizisten nahmen zahlreiche Strafanzeigen, unter anderem wegen Körperverletzung, gefährlicher Körperverletzung, Verstoßes gegen das Waffengesetz, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Sachbeschädigung auf. Gegen den noch unbekannten Werfer des Feuerlöschers, nach dem intensiv gefahndet wird, ermittelt die Polizei wegen versuchten Totschlags. Im Zusammenhang mit den nächtlichen Ausschreitungen hat die Polizeidirektion Magdeburg eine eigene Ermittlungsgruppe „Feuerlöscher" gebildet. In dem Gebäudeanbau wurde umfangreiches Propagandamaterial sichergestellt, das zurzeit vom Staatsschutz geprüft wird.

Neben den Straftaten will der Staatsschutz vor allem aufklären, warum an diesem Tag so viele Neonazis auch aus anderen Bundesländern angereist waren. Einen Hinweis auf ein Konzert oder ähnliches gebe es nicht, so ein Polizeisprecher. Nach Einschätzung der Ermittler bestehe der harte Kern der Gruppe, die sich in in den Räumen bislang getroffen habe, aus etwa 10 bis 15 Personen.

Die Jungen Nationaldemokraten wetterten unterdessen auf ihrer Internetseite, dass der Verein „Sport und Freizeit e. V." lediglich den als Mieter im Mietvertrag zugesicherten Strom gezogen habe und der Polizeieinsatz reine Willkür gewesen sei. Die Alte Neustadt sei zum „Platz des himmlischen Friedens" geworden. Die Polemik endet mit einer klaren Drohung an Innenministerium und Polizei: „Diese Gestalten machen es nicht mehr lange, und die Knüppelschwinger von einst sind dann nicht vergessen. Versprochen!"

Von Besuchern des früheren Domizils des Vereins Sport und Freizeit waren in der Vergangenheit zahlreiche Straf- und Gewalttaten ausgegangen. Dennoch gingen die Betreiber von „Standarte 26", benannt nach einer SS-Standarte, die zeitweilig in Magdeburg stationiert war, so geschickt vor, dass der Stadt nur das Ordnungs- und das Baurecht blieben, den Betrieb des Clubs zu untersagen. Der Club gilt auch als Treffpunkt der „Freien Nationalisten/Nationale Sozialisten Magdeburg".

Eberhard Löblich

Blick in die Zeitgeschichte

KZ-Rüstungsschmiede

Im Sommer 1943 mussten Gefangene unter unmenschlichen Bedingungen das Lager Dora-Mittelbau errichten.

Sucht man heute nach runden Daten aus der Anfangszeit der NS-Herrschaft im „Großdeutschen Reich“, also die Zeit vor 75 Jahren 1932/33, findet man Eröffnungsdaten für zahlreiche Konzentrationslager in Deutschland. Dazu gehört zweifelsfrei Dachau, das erste deutsche KZ, aber eben auch Buchenwald bei Weimar, Sachsenhausen und Ravensbrück im Großraum Berlin, Neuengamme bei Hamburg, später auch Flossenbürg in Bayern. Dass aber zehn Jahre später, nach der Niederlage in Stalingrad im Winter 1942/43, weitere Konzentrationslager errichtet worden sind, ist im öffentlichen Bewusstsein weniger bekannt.

Zeitgeschichtler erinnern in diesem Zusammenhang eher an die Auflösung von Vernichtungslagern wie Sobibor und Treblinka, die wegen drohender Aufstände bereits seit 1943 nach und nach aufgelöst wurden. Tatsache ist aber eben auch, dass gleichzeitig neue Lager gebaut und eröffnet wurden. Dazu gehörten Bergen-Belsen bei Celle, Kauen in Litauen, Klooga in Estland, Warschau und vor allem Dora-Mittelbau beim thüringischen Nordhausen im Harz. Es wurde zum ersten Mal am 27. August 1943 erwähnt und zwar als Nebenlager von Buchenwald, ebenfalls in Thüringen.

Dora-Mittelbau unterscheidet sich von allen anderen KZs durch seine Aufgabe. Waren in den Jahren zuvor KZs eröffnet worden, um Verfolgte möglichst auf engem Raum gefangen zu halten und Zwangsarbeit verrichten zu lassen, mussten die ersten Häftlinge in Dora-Mittelbau erst einmal die Voraussetzungen für ein KZ schaffen. Mit anderen Worten: Als die ersten Gefangenen in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 dort eintrafen, gab es weder Baracken noch Wachtürme. Die aus Buchenwald herantransportierten Männer wurden einfach ins Gelände getrieben, um Stollen ins Harz-Gebirge zu treiben. Unterkünfte gab es nicht, sie mussten im Freien kampieren und in Zwölf-Stunden-Schichten schuften – selbstverständlich von SS-Leuten bewacht. Sie bekamen nur ganz wenig zu essen. Wer nicht mehr arbeiten konnte, wurde nach Auschwitz oder nach Mauthausen ins Gas deportiert.

Am 28. Oktober 1943 erhielt Dora-Mittelbau den Status eines selbständigen Lagers mit damals bereits 36 Außenkommandos innerhalb eines gewaltigen Sperrbezirks. Das unbarmherzige Tempo hing auch mit den erfolgreichen Luftangriffen der Westalliierten auf deutsche Rüstungsfabriken zusammen. Nirgendwo konnten noch Raketen gebaut werden, so genannte V1- und V2-Waffen, zu Luftangriffen vorrangig auf die britische Insel. Die Gefangenen – es waren im Hauptlager 12 000 und in den Nebenlagern weitere 20 000 – sahen wochenlang kein Tageslicht, weil sie aus den Schächten nicht ins Freie durften. Die Sterblichkeitsrate war größer als in jedem anderen KZ. Wenn die Männer nach zwölf Stunden Arbeit abgelöst wurden, kamen sie trotzdem nicht zur Ruhe. Die Sprengungen gingen weiter, der dichte Staub und der ständige Lärm der Raupenfahrzeuge raubten ihnen Ruhe und Sauerstoff. Nur wer dabei war, sagen Überlebende, kann nachvollziehen, was es hieß, in Dora-Mittelbau gewesen zu sein.

Es dauerte bis in den Spätherbst 1944, ehe die Produktion voll anlaufen konnte. Dazu wurden viele tausend jüdische Gefangene nach Dora-Mittelbau als Zwangsarbeiter gebracht. Unter ihnen waren ebenso wie bei den ersten Transporten viele Gefangene, die in ihren Stammlagern zu Untergrundorganisationen gehört hatten. Sie sabotierten nun auch dort die Produktion, was zu vielen Arbeitsausfällen führte. Mehr als 200 Saboteure wurden öffentlich gehängt.

Dora-Mittelbau war das letzte in Deutschland errichtete KZ. Die Evakuierung begann am 1. April 1945. Die meisten Häftlinge sollten ins KZ Bergen-Belsen gebracht werden. Viele starben unterwegs oder wurden ermordet – etwa 1000 Männer, die in dem Dorf Gardeleben in eine Scheune gesperrt und verbrannt wurden. Am 9. April 1945 erreichten US-Gruppen das Gelände, konnten aber nur wenige Gefangene befreien. Die gesamte Geschichte dieses KZs findet man in Band sieben der vorzüglichen Reihe „Der Ort des Terrors – Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager“ von Wolfganz Benz und Barbara Distel, erschienen im C. H. Beck Verlag, München.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

„Ein einziger Skandal"

Berlin – NPD-Chef Udo Voigt gerät parteiintern immer mehr und von verschiedenen Seiten unter Beschuss. In einem an den „lieben Udo" gerichteten Schreiben distanziert sich Voigts Vize Jürgen Rieger von der Präsidiumserklärung der Partei zu den Vorfällen bei der Beerdigung des Alt- und Neonazis Friedhelm Busse in Passau. Thomas Wulff, einer der prominenten Vertreter der „Freien" in der NPD, hatte bei der Beisetzung eine Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz in das Grab gelegt. Das NPD-Präsidium hatte sich daraufhin Tage später von einer „leeren Provokation von Selbstdarstellern" und einer „Symbolik von gestern" distanziert. Diese Erklärung, so ließ Rieger nun wissen, werde von ihm „schärfstens missbilligt". Wulff „praktisch als ‚Provokateur' zu bezeichnen", sei „ein einziger Skandal". Rieger weiter: „Offensichtlich sind einige Personen im Präsidium der Auffassung, dass man die freien Kräfte nicht mehr benötigt, und sie systematisch vor den Kopf gestoßen werden sollen, nach der Devise: ‚Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.'" Das seien nach seiner Auffassung „Provokationen und parteischädigende Maßnahmen". Rieger abschließend: „Wenn einige im Präsidium, die durch ihre vom Staat bezahlten Posten meinen, dem System gegenüber Rücksichten walten zu lassen und ja nicht anzuecken, um ein möglichst harmloses Bild zu bieten, mit ihrem Kurs durchkommen, dann wird die NPD genauso wie die Republikaner im Orkus der Geschichte verschwinden." Attackiert wird Voigt auch wieder von Udo Pastörs, dem Fraktionsvorsitzenden der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. Gegenüber der „Berliner Zeitung" erneuerte er seine Forderung, Voigt müsse zurücktreten, falls der ehemalige Bundesschatzmeister Erwin Kemna wegen Untreue verurteilt werde. Pastörs: „Wenn bei mir in der Fraktion Geld wegkommen würde und ich hätte vorher gesagt, geht mit den Finanzen um wie ihr wollt, dann könnte mich niemand mehr retten und ich müsste zurücktreten." Für den Fall des Falles werde er sich um die Voigt-Nachfolge bemühen. Auf keinen Fall werde er hinnehmen, dass Rieger den Parteivorsitz übernehme. (ts)

Rassistischer Hass

Russland (Moskau) – Vom 1. Januar bis 15. Juli dieses Jahres wurden in Russland 170 „Überfälle aus Rassenhass oder ethnischem Hass" registriert. 80 Menschen, so Natalia Rykowa, Exekutivdirektorin des Moskauer Büros für Menschenrechte, wurden dabei getötet und mindestens 195 verletzt. Opfer waren hauptsächlich Bürger/innen aus den zentralasiatischen Republiken Usbekisatn, Kirgistan, Tadschikistan und Aserbaidschan. Im Jahr 2007 zählte das Moskauer Forschungsinstitut Sowa, das sich mit Fremdenfeindlichkeit und Gewalt befasst, 541 derartige Überfälle mit fast 60 Toten und 550 Verletzten. Die Zahl neonazistischer Skinheads in Russland wird vom Moskauer Büro für Menschenrechte mit rund 70 000 Personen angegeben. Sieben Verlage geben knapp 100 fremdenfeindliche Zeitungen heraus. Von Januar bis Mai 2008 wurden fast 100 Personen wegen rechtsextremer Gewalttaten verurteilt. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de